Stand: 16.12.2025 01:59:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14109

"Reform der Lebensmittelüberwachung: Transparenz und echte Reformen statt Desinformation, Bürokratieaufbau und Selbstbedienung"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/14109 vom 09.11.2016
- 2. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 10.11.2016
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14874 des UV vom 24.11.2016
- 4. Beschluss des Plenums 17/15217 vom 01.02.2017
- 5. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

09.11.2016 Drucksache 17/14109

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)

Reform der Lebensmittelüberwachung: Transparenz und echte Reformen statt Desinformation, Bürokratieaufbau und Selbstbedienung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag umgehend mündlich wie schriftlich zu berichten, für welche Bereiche die geplante neue Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen zuständig sein soll,
- mit welcher fachlichen Begründung die Behörde in Südbayern gerade in Erding, im Stimmkreis der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, angesiedelt werden soll,
- warum sie keine Zuständigkeit für Betriebe im Bereich der kreisfreien Städte bzw. dort hat, wo kommunale Veterinärämter existieren, und
- welche "komplexen Betriebe" sie überwachen soll (u.a. Art und Anzahl).

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, in dem o.g. Bericht zu erläutern

- warum sie bei der Organisationsreform von den Vorschlägen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) in seinem "Gutachten zur Struktur und Organisation des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung" abweicht,
- wie sie im Rahmen ihrer Organisationsreform die vom ORH benannten Probleme personell kleiner Kontrolleinheiten lösen will und
- welche Rolle und Funktion die Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) in Zukunft haben soll.

Außerdem ist dem Landtag umgehend mündlich wie schriftlich

- über den aktuellen Umsetzungsstand des vom ORH vorgeschlagenen "13-Punkte-Programms",
- und über die Ergebnisse etwaiger Personalbemessungen (Personalbedarfsanalysen) sowohl für die geplante neue Kontrollbehörde als auch für das LGL, insbesondere den Laborbereich, sowie für die Kontrollbehörden an den Landratsämtern, zu berichten.

Falls bis dato keine umfassende Personalbemessung stattgefunden hat, ist diese zeitnah durchzuführen, und dem Landtag darüber im unmittelbaren Anschluss daran mündlich wie schriftlich zu berichten.

Begründung:

Nach dem Lebensmittelskandal um Bayern-Ei hatte die Staatsregierung den Bayerischen Obersten Rechnungshof beauftragt (ORH), ein Gutachten über "Struktur und Organisation des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung" zu erstellen. In seiner Expertise hat der ORH vielfältige Probleme und Schwachstellen identifiziert. Der ORH hat vorrangig die Umsetzung eines von ihm vorgeschlagenen "13-Punkte-Programms" zur Behebung dieser Defizite gefordert. Erst in einem zweiten Schritt plädierten die Gutachter für eine Organisationsreform.

Die Staatsregierung hat mit Blick auf das ORH-Gutachten nicht nur das Pferd von hinten aufgezäumt, weil sie die Organisationsreform vor die Bewältigung der 13 Punkte gestellt hat. Ihr Vorgehen ist zudem völlig intransparent und wirft zahlreiche kritische Fragen auf.

Die geplante Ansiedlung der neuen Sonderbehörde für den südbayerischen Raum in Erding, dem Stimmkreis der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, und einem der Landkreise mit der bayernweit niedrigsten Arbeitslosigkeit, und nicht etwa am Standort des LGL in Oberschleißheim, ist fachlich völlig intransparent. Dieses Vorgehen erweckt den Eindruck, dass hier durchschaubare politische Gründe für die Standortwahl ausschlaggebend waren.

Auch die Zahl der Stellen für die neue Sonderbehörde wurde festgelegt, bevor die Antworten der Bezirksregierung bzw. Landkreise auf die eigene Anfrage der Staatsregierung dazu vorlagen. Bis dato scheint offenkundig keine Personalbedarfsanalyse durchgeführt

worden zu sein, obwohl dies nicht nur der ORH empfohlen hat, sondern auch die Fachverbände der Veterinäre und Lebensmittelkontrolleure seit langem fordern. Im Bereich der Lebensmittelkontrolleure sind nach Auskunft des Verbands bei der Expertenanhörung im Landtag derzeit zum Beispiel 10 Prozent der Planstellen nicht besetzt. 30 Prozent der Kontrolleure gehen zudem in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand.

Weder dem Landtag noch der Öffentlichkeit ist zum

Beispiel bekannt, ob und wie die vom ORH in seinem 13-Punkte-Programme angesprochenen Defizite angegangen werden, obwohl gerade das vom ORH an die erste Stelle gerückt worden war. Bisher hat das Staatsministerium nur verlauten lassen, dass es Arbeitsgruppen und Arbeitskreise eingerichtet hat. Die permanente Nicht-Information von Landtag und Öffentlichkeit, die bereits den Umgang mit dem Lebensmittelskandal "Bayern-Ei" gekennzeichnet hat, wird nahtlos fortgesetzt.

Mit einem weinenden Auge sehen wir die Belassung der Grenze bei den Gemeinden, weil der Landverbrauch nicht nur durch Spekulation von außen, sondern auch durch die Gemeinden mit Anforderungen an die Flächen bezüglich Gewerbeflächen und Baugebieten verursacht wird. Ich meine, wir sollten die Situation in dem weiteren Verfahren genau betrachten und prüfen, ob eine andere Lösung gefunden werden kann.

Insgesamt stehen wir dem Gesetzentwurf positiv gegenüber.

Noch etwas zu der Anmerkung des Kollegen bezüglich des Forstes. Da der Forst nicht in dieses Gesetz aufgenommen wurde, würde ich anregen, für diesen Bereich eine andere Lösung, eine Extra-Lösung vorzulegen.

Insgesamt ist es unser Ziel, dass landwirtschaftliche Betriebe einfacher an landwirtschaftliche Flächen kommen. Dem tritt das Gesetz nahe. Ich bin auf die weiteren Beratungen in den Ausschüssen gespannt. Wichtig ist, dass wir dem alten Sprichwort "Bauernland in Bauernhand!" wieder mehr Geltung verschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Jawohl. Dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die beiden Dringlichkeitsanträge. Ich lasse zunächst in einfacher Form Dringlichkeitsantrag auf Drucksaüber den che 17/14132 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. -Das sind die Fraktionen der SPD und der FREI-EN WÄHLER. Gegenstimmen! - Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zu dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/14104; das ist der Antrag der Fraktion der

FREIEN WÄHLER. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt. Wir beginnen jetzt. Fünf Minuten! –

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nur eine kurze Information, da viele nachfragen, wie es weitergeht: Es müssen noch Formalien aufgerufen und protokolliert werden. Einige müssen noch hierbleiben, zumindest die Geschäftsführung. Dann machen wir mit der Tagesordnung Schluss. Aber diejenigen, die es eilig haben, können eigentlich schon gehen; Abstimmungen gibt es keine mehr.

(Namentliche Abstimmung von 17.41 bis 17.46 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Stimmen werden außerhalb des Sitzungssaales ausgezählt.

Bis wir das Ergebnis bekommen, gebe ich noch bekannt, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/14105, 17/14107, 17/14108, 17/14109 und 17/14110 sowie auf den Drucksachen 17/14133, 17/14134 und 17/14135 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden.

Die offenen Tagesordnungspunkte von heute werden in der nächsten Sitzung abgearbeitet. Tagesordnungspunkt 6 wird voraussichtlich erst im Januar 2017 aufgerufen.

Wir warten das Ergebnis der Auszählung ab. Dann werden Sie entlassen. – Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Herz und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Landwirten in Zeiten der Preiskrise besser beistehen – Preisdumping nicht auf dem Rücken der Landwirte austragen!", Drucksache 17/14104, bekannt: Mit Ja haben 46 gestimmt, mit Nein haben 70 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich schließe die Sitzung und wünsche noch einen schönen Abend.

(Schluss: 17.49 Uhr)



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

24.11.2016 Drucksache 17/14874

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD) Drs. 17/14109

Reform der Lebensmittelüberwachung: Transparenz und echte Reformen statt Desinformation, Bürokratieaufbau und Selbstbedienung

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

"Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag umgehend schriftlich zu berichten, für welche Bereiche die geplante neue Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen zuständig sein soll,
- mit welcher fachlichen Begründung die Behörde in Südbayern gerade in Erding, im Stimmkreis der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, angesiedelt werden soll.
- welche Fach- und Vollzugszuständigkeiten die neue Behörde für Betriebe in kreisfreien Städten erhalten soll, und
- welche "komplexen Betriebe" sie überwachen soll (u.a. Art und Anzahl).

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, in dem o.g. Bericht zu erläutern

- warum sie bei der Organisationsreform von den Vorschlägen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) in seinem "Gutachten zur Struktur und Organisation des amtlichen Veterinär-wesens und der Lebensmittelüberwachung" abweicht,
- welche Rolle und Funktion die Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) in Zukunft haben soll.

Außerdem ist dem Landtag umgehend schriftlich

- über den aktuellen Umsetzungsstand des vom ORH vorgeschlagenen "13-Punkte-Programms",
- und über die Ergebnisse etwaiger Personalbemessungen (Personalbedarfsanalysen) sowohl für die geplante neue Kontrollbehörde als auch für das LGL, insbesondere den Laborbereich, sowie für die Kontrollbehörden an den Landratsämtern, zu berichten.

Falls bis dato keine umfassende Personalbemessung stattgefunden hat, ist diese zeitnah durchzuführen, und dem Landtag darüber im unmittelbaren Anschluss daran schriftlich zu berichten."

Berichterstatter: Florian von Brunn
Mitberichterstatterin: Tanja Schorer-Dremel

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 60. Sitzung am
 November 2016 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Dr. Christian Magerl Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

01.02.2017 Drucksache $17/15\overline{217}$

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)

Drs. 17/14109, 17/14874

Reform der Lebensmittelüberwachung: Transparenz und echte Reformen statt Desinformation, Bürokratieaufbau und Selbstbedienung

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag umgehend schriftlich zu berichten, für welche Bereiche die geplante neue Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen zuständig sein soll,
- mit welcher fachlichen Begründung die Behörde in Südbayern gerade in Erding, im Stimmkreis der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, angesiedelt werden soll,

- welche Fach- und Vollzugszuständigkeiten die neue Behörde für Betriebe in kreisfreien Städten erhalten soll und
- welche "komplexen Betriebe" sie überwachen soll (u.a. Art und Anzahl).

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, in dem o.g. Bericht zu erläutern

- warum sie bei der Organisationsreform von den Vorschlägen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) in seinem "Gutachten zur Struktur und Organisation des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung" abweicht.
- welche Rolle und Funktion die Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) in Zukunft haben soll.

Außerdem ist dem Landtag umgehend schriftlich

- über den aktuellen Umsetzungsstand des vom ORH vorgeschlagenen "13-Punkte-Programms" und
- über die Ergebnisse etwaiger Personalbemessungen (Personalbedarfsanalysen) sowohl für die geplante neue Kontrollbehörde als auch für das LGL, insbesondere den Laborbereich, sowie für die Kontrollbehörden an den Landratsämtern

zu berichten.

Falls bis dato keine umfassende Personalbemessung stattgefunden hat, ist diese zeitnah durchzuführen, und dem Landtag darüber im unmittelbaren Anschluss daran schriftlich zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. Dezember 2016 (Vf. 15-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 - der Art. 28 Abs. 4 sowie Art. 29 Abs. 3 und 5 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBI. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 178) geändert worden ist,
 - der Art. 29 und 45 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBI. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 4 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 178) geändert worden ist,
 - des Art. 4 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes über die Wahl der Bezirkstage (Bezirkswahlgesetz – BezWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 2003 (GVBI. S. 144, BayRS 2021-3-I), das zuletzt durch § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Februar 2015 (GVBI. S. 18) geändert worden ist.

PII/G1310.16-0012 Drs. 17/15135 (G)

Die Verfassungsstreitigkeit wird in der nächsten Plenarsitzung gesondert beraten

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Zweiter Senat vom 11. November 2016 (2 BvR 166/16) betreffend Verfassungsbeschwerde
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 28. Dezember 2015 2 Ws 782/15 –,
 - b) den Beschluss der auswärtigen Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Regensburg mit dem Sitz in Straubing vom 25. November 2015 – SR StVK 652/15 –
 - 2. mittelbar gegen Art. 46 Abs. 2 BayStVollzG PII-G1320-16-0001

Drs. 17/15147 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über die Kooperation von Mittelschule und Realschule Drs. 17/11834, 17/15076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Integration junger Flüchtlinge nicht gefährden – Keine Absenkung der Standards bei den Hilfen für Kinder und Jugendliche Drs. 17/12018, 17/15067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rechte der Menschen mit Behinderung schützen – Bundesteilhabegesetz in jetziger Form konsequent ablehnen Drs. 17/12628, 17/15068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
A	A		A	
die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen				

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerisches Bier gentechnikfrei halten Drs. 17/13069, 17/15116 (ENTH)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 S. 3 BayLTGeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU) Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) Drs. 17/13314, 17/15070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

8.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Bernhard Roos u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) Drs. 17/13329, 17/15037 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Überprüfung des Tierschutzes in Schlachthöfen Drs. 17/13413, 17/14871 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

10.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht zum Stand der Umrüstung des Forschungsreaktors FRM II Drs. 17/13660, 17/14872 (E)				
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
11.	Antrag der Abgeordne Dr. Karl Vetter u.a. und Gesundheitskosten für Drs. 17/13663, 17/150	d Fraktion (FREIE WÄ · Asylbewerber aus Ste	HLER)		
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A	Z	A	
12.	Antrag der Abgeordne Horst Arnold u.a. SPD Keine Wiedereinführur Verfassungsschutz be Drs. 17/13685, 17/149	ng der Regelanfrage b i der Berufung in das F	eim Landesamt für		
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	Z	A		
13.	Antrag der Abgeordne Josef Zellmeier u.a. C Kommunikationsstrukt Drs. 17/13714, 17/150	SU uren im Bereich Kritisc		RITIS)	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		Z	Z	Z	

14.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU) Bankenkredite für den Mittelstand nicht durch übermäßige Regulierung verteuern Drs. 17/13814, 17/15040 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
15.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Sicherung guter Finanzierungsbedingungen für die mittelständischen Unternehmen Drs. 17/13825, 17/15041 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technolog 				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	_	_	_	_	
				Z	
16.	 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Keine Überregulierung im deutschen Bankensektor Drs. 17/13826, 17/15043 (E) Votum des federführenden Ausschusses für 				
	Wirtschaft und Medien	, Infrastruktur, Bau und		· ·	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z		Z	Z	
17.	 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Wildlebensraumberatung in Bayern erhalten und in die Ausbildung an den Landwirtschaftsschulen integrieren Drs. 17/13881, 17/15117 (A) 				
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	团	团	Z	
		_		_	

Anlage 1
zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

18.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD) Insolvenzberatung zukunftsfähig machen! Drs. 17/14107, 17/15073 (A)				
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
19.	Dringlichkeitsantrag de Johann Häusler u.a. ur Abwanderung von Spit Drs. 17/14108, 17/150	nd Fraktion (FREIE W. tzentechnologie verhin	ÄHLER)	treibl,	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			A	
20.	Dringlichkeitsantrag de Florian von Brunn, Kla Reform der Lebensmit Desinformation, Bürok Drs. 17/14109, 17/148	us Adelt u.a. und Frak telüberwachung: Tran ratieaufbau und Selbs	tion (SPD) sparenz und echte Re	formen statt	
	Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
21.	Antrag der Abgeordne Bäuerliche Strukturen stärkere Förderung de Drs. 17/14113, 17/151	in Bayern sichern – r ersten Hektare bei A			
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			A	

	A	Я	Я	7
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir			
25.	Antrag der Abgeordne Hans-Ulrich Pfaffmanr Zweckentfremdung vo Drs. 17/14153, 17/150	n u.a. SPD n Bundesmitteln beend		oessern!
	团			Z
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
24.	Dringlichkeitsantrag de Rosi Steinberger u.a. v Neuorganisation der L Offenlegung der Aktivi Drs. 17/14135, 17/148	und Fraktion (BÜNDNI ebensmittelkontrolle – täten der Staatsregier	S 90/DIE GRÜNEN)	lartmann,
	A			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
23.	Dringlichkeitsantrag de Benno Zierer u.a. und Neustrukturierung der angemessene Persona Drs. 17/14134, 17/148	Fraktion (FREIE WÄH Lebensmittelüberwach alausstattung sowie ur	LER) nung in Bayern: Wir fol	rdern eine
	A			Z
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
22.	Antrag der Abgeordne Direktvermarktung in E Drs. 17/14114, 17/151	Bayern fördern – Offen		

26.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einführung eines bayerischen Monitoringprogramms für Kormoran, Graureiher und Silberreiher nach dem Vorbild in Sachsen Drs. 17/14154, 17/14877 (A)
	Votum des federführenden Ausschusses für

Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bundesweites Gentechnikanbauverbot wasserdicht machen! Drs. 17/14210, 17/14878 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Der Einfluss von Social Bots auf das politische Geschehen in Bayern Drs. 17/14219, 17/14906 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Laubbläser und Laubsauger auf staatlichen Liegenschaften Drs. 17/14220, 17/14879 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

Anlage 1
zur 94. Vollsitzung am 1. Februar 2017

30.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rettungskräfte in Bayern für besondere Schadenslagen fit machen Drs. 17/14422, 17/14905 (E) Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Le und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zahl der Drogentoten senken: Rezeptfreie Naloxonabgabe in Apotheken Drs. 17/14224, 17/15072 (A)				
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
32.	2. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD Sonderprogramm ausweiten: Aufnahme einzelner Kommunen außerhalb der ausgeschriebenen Fördergebiete Drs. 17/14312, 17/15074 (A)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Z	Z
33.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Drohende Schließung des Schaeffler-Werks im Markt Elfershausen Drs. 17/14412, 17/15046 (E)			
Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Tech				d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z	Z

34.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Erwin Huber, Joachim Unterländer, Sandro Kirchner u.a. CSU Geplante Verlagerung des Schaeffler-Werks im Markt Elfershausen aktiv begleiten Drs. 17/14463, 17/15047 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
35.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Schaeffler-Standort Elfershausen erhalten Drs. 17/14483, 17/15048 (A)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		Z	Z
36.	Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer, Ernst Weidenbusch CSU Linksextreme Agitation im Landkreis München Drs. 17/14469, 17/14985 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			Z
37.	Dringlichkeitsantrag d Prof. (Univ. Lima) Dr. Gleichberechtigung be Drs. 17/12138, 17/150	Peter Bauer u.a. und F ei Hochwasserhilfe	ert Aiwanger, Florian Si Fraktion (FREIE WÄHL	treibl, ER)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat